

GRUNDSATZPROGRAMM

der Berliner Schüler Union



Vorläufig durch den Landesausschuss am
7. Januar 2019
beschlossene Fassung

Grundsatzprogramm

der Berliner Schüler Union

in der vorläufig beschlossenen Fassung vom 7. Januar 2019

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt	Seite
Bildung als Fundament unserer Gesellschaft	3
Frühkindliche Bildung	4 – 5
Schule allgemein	6 – 10
Grundschule	11 – 12
Oberschule	13 - 15
Übergang Schule/Beruf/Studium	16 - 17

Bildung als Fundament unserer Gesellschaft

- 1 In der Überzeugung, dass Bildung die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben ist,
- 2 Ressentiments abbaut, Toleranz schafft, Armut vorbeugt und die wichtigste Ressource der
- 3 Bundesrepublik Deutschlands ist, sieht die Berliner Schüler Union (BSU) Bildung als
- 4 Fundament unserer Gesellschaft an.
- 5 In Zeiten von “Fake News”, “Filterblasen”, “Echokammern” und Populismus wird auch das
- 6 kritische Hinterfragen von scheinbaren Wahrheiten und Information immer wichtiger. Nur
- 7 wer ein gutes Maß an Bildung genießen durfte und darf, wird daher in Zukunft eine Stütze
- 8 unserer demokratischen Gesellschaft sein können.
- 9 Damit unser Land zukunftsfähig bleibt, muss eine bestmögliche Bildung das vorrangige
- 10 Ziel von christlich-demokratischer Politik sein. Als größte unabhängige
- 11 Schülerorganisation Berlins sehen wir unsere Aufgabe darin, Lösungsvorschläge und Ideen
- 12 zu liefern, um dieses Ziel zu erreichen.
- 13 Dafür darf gute Bildung nicht erst mit dem Schulbeginn anfangen und mit dem Ende der
- 14 Ausbildung aufhören. Bildung beginnt in den frühen Kindesjahren und endet nie.

Frühkindliche Bildung

15 Das Thema Frühkindliche Bildung hat in der Vergangenheit der politischen
16 Auseinandersetzung zu Unrecht einen geringen Stellenwert eingenommen. Daher fordert
17 die Berliner Schüler Union eine intensivere Auseinandersetzung der Politik mit diesem für
18 die lebenslange Bildung elementaren Thema. Denn Frühkindliche Bildung entscheidet
19 maßgeblich über Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen!

20 Ziel der frühkindlichen Bildung muss es sein, allen Kindern, unabhängig von ihrer
21 Herkunft, gleiche Voraussetzungen für den Beginn ihrer Schullaufbahn zu ermöglichen.
22 Wir fordern daher die Vermittlung von Grundsätzen der Ethik und des
23 gemeinschaftlichen, sowie gesunden Lebens, außerdem die Förderung des Lernvermögens
24 der Kinder mit Hilfe von Musik-, Kunst- und Bewegungserziehung.

25 Zur Schaffung von möglichst gleichen sozial-emotional-kognitiven Voraussetzungen bei
26 der Einschulung halten wir es für unverzichtbar, dass Kleinkinder möglichst früh mit
27 Gleichaltrigen in Kontakt kommen. Gerade für Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache
28 ist es unverzichtbar, durch frühzeitigen Kontakt mit deutschsprachigen Kindern für den
29 Schulbesuch ausreichende Sprachkenntnisse zu erwerben. Zudem sollten alle Kinder die
30 Möglichkeit bekommen, gleichaltrige Kinder kennenzulernen und über gemeinsame
31 Aktivitäten und die gemeinsam verbrachte Zeit soziale Kompetenzen zu erwerben und
32 positive Erlebnisse auch außerhalb der eigenen Familie zu haben.

33 Die BSU fordert daher, den Besuch einer Kindertagesstätte ab dem 3. Lebensjahr zu
34 verpflichten. Infolge dieser Verpflichtung sehen wir es als unbedingt notwendig an, die
35 Kindertagesstätten als Teil des staatlichen Bildungsangebotes kostenfrei zu machen. Wir
36 unterstützen auch private Kindergärten genauso wie Privatschulen, solange diese die
37 Zielvorgaben für Kindertagesstätten umsetzen.

38 Die Zielvorgaben für Kindergärten bestehen für die BSU aus der Erreichung eines
39 Sprachniveaus, das zum Schulbesuch befähigt, der Vermittlung von ethischen
40 Grundsätzen, der Förderung des Lern- und Sprachvermögens, der Vermittlung einer
41 gesunden Ernährung, einer musikalischen sowie künstlerischen Grunderziehung und einer
42 Förderung der motorischen Fähigkeiten.

43 Wir fordern weiterhin die Einrichtung von einer bedarfsdeckenden Anzahl von 24-
44 Stunden-Kitas in Berlin. Um Kindswohlgefährdungen vorzubeugen fordern wir bei einer
45 überdurchschnittlich langen Betreuung durch Dritte eine Bescheinigung des Arbeitgebers,
46 um die Inanspruchnahme der 24-Stunden-Kita zu rechtfertigen.

47 Die Berliner Schüler Union fordert eine Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufes,
48 indem die Bezahlung an den Arbeitsaufwand angepasst wird. Zudem würden wir es
49 begrüßen, wenn Maßnahmen gefunden werden, um die Quote an männlichen Erziehern

50 zu erhöhen. Die Anwesenheit einer männlichen Bezugs- und Vorbildsperson ist für die
51 Entwicklung der Kinder ebenso wichtig.

52 Außerdem halten wir die Verbesserung der Ausbildung der Kindergartenerzieher für
53 unerlässlich. Insbesondere Quereinsteiger müssen eine pädagogische Grundausbildung
54 nachholen, da die Arbeit mit Kleinkindern besondere Anforderungen mit sich bringt.

55 Qualität muss auch in der frühkindlichen Bildung stets über Quantität stehen!

56 Da die Umstellung vom Kindergarten zur Grundschule so groß ist, dass viele Kinder in der
57 Grundschule eine lange Eingewöhnungsphase benötigen und somit wertvolle Lernzeit
58 verloren geht, fordert die Berliner Schüler Union die Wiedereinführung der Vorschule.

59 Die Vorschule soll dabei wieder als Übergang zwischen dem Kindergarten und der
60 Grundschule dienen, da sie sich in der Vergangenheit als gute Institution zur Gewöhnung
61 der Kinder an den Schulalltag bewiesen hat. Die im Kindergarten erworbenen
62 grundlegenden Werte sollen in der Vorschule vertieft und mit ersten Basiskompetenzen
63 wie Lesen, Schreiben und Rechnen erweitert werden. Dies soll durch einen
64 Rahmenlehrplan koordiniert werden, sodass alle Schüler innerhalb Berlins bei der
65 Einschulung in die erste Klasse einen ähnlichen Bildungsstandard haben.

66 Trotz des definierten Zieles, die Kinder auf den Schulalltag vorzubereiten, soll die
67 Vorschulen klar von der Grundschule abgegrenzt werden. Zeit zum Umgang miteinander
68 sowie zum Spielen muss nach wie vor in großem Maße vorhanden sein, damit das
69 Interesse am Lernen nicht schon früh schwindet. Die in der Vorschule zu erwerbenden
70 Kompetenzen sollen den Kindern dabei auch spielerisch nähergebracht werden, um ihr
71 Interesse für das Lesen, Schreiben und Rechnen zu wecken und die Kinder gleichzeitig an
72 die Arbeitsweise in der Schule zu gewöhnen. Die BSU ist überzeugt, dass eine gut
73 organisierte Vorschule nicht nur einen positiven Effekt auf die Lernbereitschaft der Kinder
74 hat, sondern auch Schuldistanz nachhaltig vorbeugen kann.

75 Wir fordern für eine gute frühkindliche Bildung:

- 76 • Eine Verpflichtung zum Kita-Besuch ab dem 3. Lebensjahr
- 77 • Bedingungslos kostenlose Kindertagesstätten
- 78 • Die Einrichtung von 24-Stunden-Kitas und eine Bedarfsbescheinigung für die
79 Inanspruchnahme dieser
- 80 • Eine Attraktivitätssteigerung des Erzieherberufes durch gerechtere Bezahlung und
81 eine Steigerung des Anteils männlicher Erzieher
- 82 • Die Wiedereinführung der Vorschule

Schule

Allgemeiner Teil

Lehrkräfte

83 Die BSU fordert, dass die Lehrer Aus- und Weiterbildung, sowie die Fortbildung für
84 Quereinsteiger überarbeitet und den neuen Herausforderungen des Schulalltags, wie die
85 der Digitalisierung, Inklusion und Integration, angepasst werden, um allen Schülerinnen
86 und Schülern einen gleichermaßen effektiven Unterricht bieten zu können. Alle diese
87 Neuerungen bedeuten kurzfristig einen höheren Arbeitsaufwand für unsere Lehrkräfte.
88 Während Digitalisierungs-Fortbildungen und das Umsetzen neuer Konzepte allerdings nur
89 kurzfristigen Mehraufwand bedeuten, ist die Inklusion ein langfristiger Mehraufwand, der
90 unseren Lehrkräften in der aktuellen Form nicht aufgezwungen werden darf. Wenn hier
91 keine Entlastungsmöglichkeit gefunden wird, muss auch ein Rückgängigmachen der
92 Inklusionsstrategie in Betracht gezogen werden, um allen gerecht zu werden.

93 Der Lehrerberuf an sich muss dabei dringend attraktiver gemacht werden. Wir begrüßen
94 die Forderung der CDU Berlin nach einem Berlin-Stipendium für Lehramtsstudenten.
95 Gleichzeitig muss auch die Zahl an Studienplätzen für Lehramtsstudenten in Berlin erhöht
96 werden.

97 Die BSU spricht sich weiterhin für die Verbeamtung von Lehrern aus.

98 Motivierte Lehramtsstudenten können nur mit konkreter und realitätsnaher Ausbildung
99 auch gute Lehrer werden. Wir fordern daher, schon im ersten Studienjahr ein
100 Unterrichtspraktikum einzuführen, um den Lehramtsstudenten schon früh den Kontakt zu
101 Schülern zu ermöglichen, damit diese feststellen können, ob der Lehrerberuf zu ihnen
102 passt. Weitergehend ist auch die Möglichkeit eines dualen Lehramtsstudiums zu prüfen.

Digital- und Wirtschaftskompetenzen

103 Um Deutschland auch in Zukunft an der Spitze der Wirtschaftsnationen zu halten, muss
104 die Digitalisierung in den Schulen und Hochschulen endlich vermehrt Einzug erhalten.
105 Dabei geht es nicht vorrangig um die verstärkte Nutzung von digitalen Geräten, mit der
106 die Hälfte des Personals nicht umzugehen weiß, sondern um die Stärkung von digitalen
107 Fachkompetenzen.

108 Die BSU fordert deshalb, dass der Informationstechnische Grundkurs (ITG) auf ein ganzes
109 Schuljahr ausgeweitet wird, damit dabei Grundkenntnisse des Programmierens gelehrt
110 werden können.

111 Darüber hinaus fordern wir die Senatsverwaltung für Bildung dazu auf, ein Gymnasium
112 mit einem informationstechnischen Schulschwerpunkt einzurichten, das junge IT-Talente
113 speziell fördert.

114 Ein Kernschritt, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, ist es, mehr Frauen für die
115 MINT-Fächer zu begeistern. Der Männerüberschuss in diesem Bereich ist nicht von der
116 Hand zu weisen, aber vollkommen unbegründet. Mädchen sollten schon früh dazu
117 motiviert werden, sich mit MINT-Themen zu beschäftigen. Daher fordern wir, Aktionen
118 wie den GirlsDay zu unterstützen und für die Teilnahme an diesem auf jeden Fall eine
119 Unterrichtsbefreiung auszustellen, was an einigen Schulen bisher leider verwehrt wird.

120 Das Thema Digitalisierung hängt eng mit dem der Wirtschaftskompetenzen zusammen,
121 denn Wirtschaft kann schon lange nicht mehr ohne Digitales auskommen. Daher fordern
122 wir, dass das Unterrichten von Wirtschaftskompetenzen an Schulen gefördert wird. Dies
123 soll nicht wie bisher nur durch externe Unternehmen stattfinden (z.B. die Boston
124 Consulting Group mit dem Format `business@school`), sondern auch durch schulinterne,
125 von Landesebene gesteuerte Projekte und Anpassungen der Curricula. Denn Bildung ist
126 und bleibt Ländersache und sollte nicht von der freien Wirtschaft diktiert werden. Eine
127 offene Kooperation mit Unternehmen hingegen ist von uns sehr erwünscht, denn ein
128 solches Hybridmodell bietet eine Vorteilssituation für beide Seiten.

129 Wir fordern die Einführung digitaler Vertretungspläne an allen Schulen.

Inklusion

130 Auf Basis der UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, haben sich alle
131 Unterzeichnerstaaten, darunter auch Deutschland, auf ein „inclusive education system“
132 (ein inklusives Bildungssystem) in allen Bereichen verständigt.

133 Von dieser Veränderung erhofft man sich ein selbstverständliches Miteinander von
134 Menschen mit und ohne Behinderung. Dieses Konzept halten wir grundsätzlich für
135 durchaus richtig, sind aber mit der praktischen Umsetzung nicht einverstanden.

136 Inklusion kann nur funktionieren, wenn man zwischen den verschiedenen Varianten von
137 Behinderungen und deren Folgen differenziert. Für die BSU darf Inklusion nicht heißen,
138 dass Sonderpädagogische Förderschulen abgeschafft und Schwerstbehinderte Kinder mit
139 immensem Förderbedarf um jeden Preis in Regelklassen untergebracht werden, da dies
140 sich auf den Lernprozess und die Lerngeschwindigkeit negativ auswirken kann. Dies tut
141 niemandem gut!

142 Stattdessen fordern wir, dass anhand von individuellen ärztlichen Gutachten und
143 Absprachen mit der jeweiligen Schule entschieden wird, ob eine Regelbeschulung sinnvoll
144 und zielführend möglich ist. Wir fordern zudem, dass die Schulen selbst entscheiden
145 können, wie viele behinderte Kinder sie pro Klasse aufnehmen können, da die
146 Aufnahmefähigkeit von den Kapazitäten und den Fähigkeiten der Schule stark beeinflusst
147 wird.

148 Wo Inklusion auf jeden Fall funktionieren kann, ist bei Kindern mit ausschließlich
149 körperlichen Einschränkungen, hier befürworten wir die Eingliederung in Regelklassen
150 auch ohne Gutachten. Nur durch einen selbstverständlichen Umgang mit Menschen mit
151 Behinderungen wird eine, angesichts immer wieder auftauchender Fälle von Ausgrenzung
152 behinderter Menschen, dringend benötigte Sensibilität in der Öffentlichkeit geschaffen.

153 Zur Umsetzung der UN-Konvention und der Vollinklusion körperlich behinderter Schüler
154 fordern wir den Senat dazu auf, Gelder für einen behindertengerechten Ausbau der
155 Schulgebäude bereitzustellen. Es kann nicht sein, dass noch immer viele Schulgebäude
156 keinen Personenaufzug besitzen, was nicht nur für körperlich Behinderte, sondern auch
157 für Kinder mit Sportverletzungen und ähnlichen temporären Einschränkungen eine
158 enorme Belastung darstellt und sogar oftmals den Besuch an der entsprechenden Schule
159 unmöglich macht.

160 Um schnelle Fortschritte zu erzielen, fordern wir, dass pro Bezirk bis 2020 wenigstens eine
161 weitere Schule behindertengerecht ausgebaut wird. Langfristig sollte es das Ziel sein, dass
162 alle Schulen in Berlin behindertengerecht sind.

163 Gleichzeitig muss das Angebot an Sonderpädagogischen Förderschulen dringend
164 ausgebaut werden, außerdem müssen die bestehenden Schulen besonders vordringlich

165 unterstützt werden. Zustände wie an der Charlotte-Pfeffer-Schule in Mitte dürfen sich
166 nicht wiederholen!
167 Damit auch die Lehrkräfte mit den Herausforderungen der Inklusion vertraut gemacht
168 werden, fordert die BSU eine verpflichtende Inklusions-Fortbildung für alle Lehrer, sowie
169 ein verpflichtendes Inklusions-Seminar im Lehramtsstudium.

Schülerausweis der Zukunft

170 Die Berliner Schüler Union fordert die Einführung eines „Schülerausweises der Zukunft“.
171 Dieser soll, analog zu den neuen Studentenausweisen an den Berliner Universitäten,
172 Schülerausweis, Mensa-Karte, Bibliotheksausweis und BVG-Fahrkarte in einer Karte
173 vereinen. Der „Schülerausweis der Zukunft“ sollte dauerhaft weiterentwickelt werden, um
174 das Leben der Schüler zu vereinfachen. Denkbar wäre beispielsweise, dass auch der Berlin
175 Pass oder Museumskarten integriert werden.

Schulessen

176 Eine gute Verpflegung ist für ein gutes Lernklima und eine ausreichende
177 Aufnahmefähigkeit der Kinder außerordentlich wichtig. Umso dramatischer ist die
178 Qualität, die oftmals an Schulen geboten wird. Wir fordern, gemeinsam mit den
179 Essensversorgern Konzepte auszuarbeiten, wie nicht nur endlich die Mindeststandards
180 eingehalten werden können, sondern auch eine Essensqualität geboten werden kann, wie
181 sie beispielsweise in den Universitätsmensen des Berliner Studentenwerks seit Jahren
182 Standard ist. Zur Qualitätssicherung dürfen weder Preissteigerungen noch Subventionen
183 Tabus in der Diskussion sein!
184 Zudem fordern wir ein bedarfsgerechtes Essensangebot an Berliner Schulen, das religiöse
185 Essgewohnheiten berücksichtigt.

Musikalische Bildung

186 Das Musizieren ist für die kindliche Entwicklung erwiesenermaßen sehr förderlich, daher
187 ist es wichtig, dass Kinder auch frühzeitig musikalisch gebildet werden. Wir schließen uns
188 dem "Runden Tisch Musikalische Bildung" in seiner Forderung an, den Musikunterricht
189 wieder auf zwei Wochenstunden bis zur zehnten Klasse auszuweiten.

Gesellschaftswissenschaften

190 Wir lehnen eine Vereinheitlichung der Gesellschaftswissenschaften ab. Die Stärkung der
191 Gesellschaftswissenschaften darf nicht auf Kosten des Religionsunterrichts erfolgen.
192 Diesen sieht die BSU als Teil der umfassenden Bildung, die durch die Schule vermittelt
193 werden soll.

194 Wir fordern daher allgemein für das Berliner Schulsystem:

- 195 • Eine Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes, insbesondere durch eine
196 (Wieder-)Verbeamtung der Lehrkräfte
- 197 • Eine Erhöhung der Zahl der Lehramtsstudienplätze, außerdem ein Berlin-
198 Stipendium mit Standortverpflichtung und ein Unterrichtspraktikum im ersten
199 Studienjahr
- 200 • Die Ausweitung des ITG auf ein Schuljahr, die Einrichtung eines Informatik-
201 Gymnasiums und die Unterstützung von Aktionen wie dem GirlsDay
- 202 • Eine Inklusionsstrategie, die die Lernerfolge für alle als oberstes Ziel hat, sowie die
203 möglichst schnelle Vollinklusion von ausschließlich körperlich behinderten
204 Schülern, die Unterstützung von Sonderpädagogischen Förderschulen und die
205 Sensibilisierung von Lehrkräften für die Herausforderungen der Inklusion
- 206 • Die Einführung eines digitalen „Schülerausweis der Zukunft“ und digitaler
207 Vertretungspläne
- 208 • Die Steigerung der Qualität von Schulessen
- 209 • Die Anhebung des Musikunterrichtes auf zwei Wochenstunden

Grundschule

210 An den Grundschulen muss es Hauptaufgabe sein, den Kindern bis zum Wechsel auf die
211 Oberschule mindestens Lesen, Schreiben, insbesondere Rechtschreibung und Grammatik,
212 Rechnen, Grundkenntnisse in Englisch, Musik, Kunst und den Natur- und
213 Gesellschaftswissenschaften, sowie einen respektvollen Umgang miteinander
214 beizubringen.

215 Außerdem müssen die Kinder in der Grundschule möglichst früh an den Schulalltag
216 gewöhnt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Gewöhnung an die Bewertung
217 durch Schulnoten. Eine Abschaffung der Schulnoten lehnen wir deshalb entschieden ab
218 und fordern verbindlich eine Bewertung durch Schulnoten ab der dritten Klasse.

219 „Schreiben nach Gehör“ als Unterrichtsmethode sehen wir als vollkommen gescheitert an
220 und fordern daher die völlige Abschaffung dieses sinnlosen Bildungsexperiments. Die
221 Vermittlung von guten Rechtschreibkenntnissen darf nicht gefährdet werden!

222 Angesichts der vielfältigen Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich gebracht hat,
223 muss auch in der Grundschule bereits über die Gefahren im Umgang mit dem Internet
224 aufgeklärt werden. Aber nicht nur die negativen Seiten sollten den Kindern vermittelt
225 werden, auch der Umgang mit Textverarbeitungsprogrammen und anderen im Alltag
226 wichtigen Computerprogrammen sollte möglichst früh Lehrinhalt sein.

227 Wir begrüßen Projekte zur Vermittlung einer gesunden Lebensweise und fordern alle
228 Grundschulen dazu auf, diese anzubieten.

229 Mit der Wiedereinführung der Vorschule wird das Problem der früheingeschulten Kinder
230 gelöst werden. Wir halten es für unverantwortlich, zwangsweise Kinder unter sechs Jahren
231 vollumfänglich in die Grundschulen zu schicken. Vier- und Fünfjährige sollten genügend
232 Zeit zum Spielen haben und noch nicht die Schulbank drücken müssen! Wir begrüßen
233 daher die Rücknahme der Früheinschulung.

234 Grundschulkindern kann ein allzu langer Schulweg nicht zugemutet werden. Wir halten
235 daher an der Sprengelorientierung bei der Schulplatzvergabe fest. Auch den
236 Geschwisterbonus gilt es zu erhalten, um insbesondere jüngeren Geschwistern eine
237 soziale Stütze im neuen Umfeld zu geben.

238 Wir fordern für die Berliner Grundschulen:

- 239 • Eine Bewertung durch Schulnoten ab der dritten Klasse
- 240 • Die Abschaffung von „Schreiben nach Gehör“
- 241 • Die Sensibilisierung für die Chancen und Gefahren des Umgangs mit Computern
242 und dem Internet in den Grundschulen
- 243 • Projekte zur Vermittlung einer gesunden Lebensweise
- 244 • Die Beibehaltung von Sprengelorientierung und Geschwisterbonus an den
245 Grundschulen

Oberschule

246 Grundsätzlich halten wir weiterhin am Ideal eines dreigliedrigen Oberschulsystems fest.
247 Nur durch eine gewisse Unterteilung nach Leistung und Zukunftsperspektive, also ob eine
248 Ausbildung oder ein Studium angestrebt wird, kann jeder Schüler individuell am besten
249 gefördert werden.

250 Wir erkennen jedoch an, dass den Berliner Schulen eine weitere Reform nicht guttun
251 würde und akzeptieren deshalb den so genannten Schulfrieden.

252 Die Existenz der Gymnasien ist für die BSU unverhandelbar. Die individuellen Fähigkeiten
253 der Schüler brauchen auch eine individuelle Förderung in der Schule, denn jeder Mensch
254 ist einzigartig. Das kommt nur mit einem ausdifferenzierten Schulsystem voll zum Tragen.

255 Das Gymnasium führt dabei zur Hochschulreife und zu einer akademischen Laufbahn,
256 während die Integrierte Sekundarschule vor allem zur beruflichen Ausbildung führen soll.
257 Die Ausbildung darf dabei auf keinen Fall als Abschluss zweiter Klasse angesehen werden,
258 sondern ist auf jeden Fall gleichwertig zu Abitur und Studium.

259 Das Abitur ist jedoch in den letzten Jahren unter dem SPD-geführten Bildungsressort zum
260 vermeintlichen Minimum der beruflichen Qualifizierung erhoben worden. Durch den
261 Verfall seiner Leistungsstandards ist es zum Abschluss für jeden geworden, egal welche
262 berufliche Zukunft der- oder diejenige überhaupt anstrebt. Das Abitur hat mit diesem
263 Prozess ein unzureichendes Niveau erreicht, was jede Vergleichsstudie unter den
264 Bundesländern beweist.

265 Die Prämisse der linken Bildungspolitik ist die Verbesserung der Abiturschnitte durch die
266 Absenkung des Anforderungsniveaus. Wir sprechen uns klar gegen diese Strategie aus
267 und fordern ein Ende der Noteninflation! Weitergedacht ergibt sich daraus auch, dass es
268 weniger Abiturienten auf dem ersten Bildungsweg geben muss.

269 In der Vergangenheit wurden immer mehr Schulen bzw. Schultypen geschaffen, die zum
270 Abitur führen. Das ist für uns der falsche Schritt. Nicht am Angebot muss sich etwas
271 ändern, sondern an der Qualität der Bildung. Die Gymnasien sind mittlerweile oft
272 schlechter gestellt als beispielsweise Integrierte Sekundarschulen mit gymnasialer
273 Oberstufe. Die Klassen sind größer und es kommt zu mehr Unterrichtsausfall aufgrund
274 einer Unterbesetzung an Lehrkräften. Dabei ist der Bedarf an neuen Lehrkräften gerade
275 jetzt immens. Die demographische Entwicklung Berlins zeigt, dass die Stadt in den
276 nächsten Jahren viele weitere Schulplätze benötigt. Dafür braucht es viele neue
277 Schulgebäude in der Stadt, die schnell gebaut werden müssen. Wir schließen uns dafür der
278 Forderung der CDU Berlin nach einem Sprinter-Paket für den Schulbau an. Bürokratische
279 Regularien, insbesondere bei Ausschreibungsverfahren, dürfen nicht zur existenziellen

280 Gefahr für die Bildung in unserer Stadt werden! Zum anderen braucht es aber auch viele
281 neue Lehrer, die die Gebäude zum Leben erwecken.

282 Wir sind beunruhigt, dass der linke Senat das Gymnasium immer mehr aushöhlt. Wir
283 fordern auch weiterhin, zwischen dem Gymnasium und den Sekundarschulen zu
284 unterscheiden, insbesondere bei der Lehrerbildung und den Lehrplänen. Ein
285 Gymnasiallehrer muss andere Inhalte mit anderen Methoden als ein Sekundarschullehrer
286 unterrichten!

287 Auch lehnen wir die Benachteiligung der Gymnasien bei der Verteilung von
288 Haushaltsmitteln und Lehrerstellen, die in den letzten Jahren immer häufiger zu sehen ist,
289 entschieden ab.

290 Um wertvolle Lernzeit nicht zu vergeuden, fordern wir die automatische Verleihung des
291 Mittleren Schulabschluss bei Bestehen der 10. Klasse an einem Gymnasium, da die
292 meisten Lerninhalte des MSA an Gymnasien bereits in der 9. Klasse behandelt werden und
293 die Vorbereitung auf den MSA eine unnötige Wiederholungszeit in Anspruch nimmt. Um
294 weiterhin Präsentationskompetenzen zu schulen, fordern wir eine verpflichtende
295 Präsentationsprüfung in der 10. Klasse.

296 Damit die Ausdifferenzierung zwischen den Schulformen auch praktisch funktioniert,
297 muss die Aufnahme auf dem Gymnasium nach ausreichend strengen Kriterien erfolgen.
298 Wir fordern daher die Abschaffung der Schülerlotterie und eine Schulplatzvergabe rein
299 aufgrund der individuellen Leistungen der Schüler.

300 Wir setzen uns dafür ein, die Wirtschaftskompetenzen von Schülerinnen und Schülern zu
301 stärken. Dazu soll in jeder gymnasialen Oberstufe das Fach Wirtschaft eingeführt werden.
302 Dafür können die Erfahrungen und das Wissen der Quereinsteiger aus der freien
303 Wirtschaft effektiv genutzt werden.

304 In Zeiten der Globalisierung ist es immer wichtiger Weltsprachen sprechen zu können.
305 Neben der englischen Sprache, die bereits an fast allen Berliner Schulen gelehrt wird, ist
306 es daher wichtig den Fokus auch auf andere Weltsprachen wie beispielsweise Mandarin,
307 Hindi oder Russisch zu legen. Wir fordern daher, dass vermehrt nicht nur Französisch,
308 Latein oder Spanisch insbesondere als zweite Fremdsprachen gelehrt werden, sondern
309 auch die Sprachen mit wachsender Bedeutung.

310 Zur Globalisierung gehört es auch, dass bilinguale Schulabschlüsse wie das International
311 Baccalaureate an Beliebtheit gewinnen. Umso wichtiger ist es, dass diese Abschlüsse auch
312 in Deutschland anerkannt werden. Für die BSU ist vor allem die Umrechnung der IB-
313 Punktzahlen in den Abiturschnitt ungerechtfertigt hart und muss dringend an das Niveau
314 des normalen Abiturs angeglichen werden. Es kann nicht sein, dass Schüler, die sich für die
315 Mehrbelastung eines internationalen Schulabschlusses entscheiden, dafür benachteiligt
316 werden!

317 Wir fordern für Berlins Oberschulen:

- 318 • Grundsätzlich die Wiedereinführung des dreigliedrigen Schulsystems, setzen diese
319 Forderung aber zur Wahrung des Schulfriedens aus
- 320 • Den bedingungslosen Erhalt der Gymnasien
- 321 • Ein Ende der Noteninflation und eine Steigerung des Abiturniveaus
- 322 • Ein Sprinter-Paket für den Schulneubau
- 323 • Ein Ende der Benachteiligung der Gymnasien gegenüber den Integrierten
324 Sekundarschulen
- 325 • Die automatische Verleihung des MSA bei Bestehen der 10. Klasse am Gymnasium
- 326 • Strengere Aufnahmekriterien für Gymnasien und die Abschaffung der
327 Schülerlotterie
- 328 • Die Einführung des Fach Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe
- 329 • Das Unterrichten von Sprachen mit wachsender Bedeutung als zweite
330 Fremdsprache
- 331 • Eine faire Umrechnung der IB-Punkte in einen deutschen Abiturschnitt

Übergang Schule / Beruf / Studium

Berufsorientierung

332 Angesichts des Phänomens, dass viele Schüler nicht wissen, wie sie die Zeit nach dem
333 Schulabschluss gestalten und welchen beruflichen Weg sie einschlagen wollen, ist eine
334 gute Berufsorientierung von großer Bedeutung.

335 Die BSU fordert daher, die Maßnahmen der Berufsorientierung an den Berliner Schulen
336 weiter zu stärken. Zwar wurden mit dem Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung
337 zum Schuljahr 2015/2016 Fortschritte erzielt, allerdings halten wir insbesondere die
338 Berücksichtigung der Gymnasien im Konzept für völlig unzureichend. Wir fordern, die
339 Maßnahmen der Berufsorientierung an Gymnasien so weiter zu entwickeln, dass noch
340 gezielter über Studiengänge, den Unterschied zwischen Universitäten und
341 Fachhochschulen und über Alternativen zum Studium frühzeitig aufgeklärt wird. Dazu
342 fordern wir, analog zu Betriebsbesuchen in der ISS, wenigstens einen Besuch von jeweils
343 einer Universität und einer Fachhochschule in der Sekundarstufe II in den
344 Mindestangeboten der Berufs- und Studienorientierung festzuschreiben. Wir fordern
345 weiterhin den Senat auf, gemeinsam mit den Bezirken und der Senatsverwaltung für
346 Arbeit, Integration und Frauen die Mindestangebote an den Schulen mittelfristig
347 schrittweise zu erhöhen. Eine gute und zielführende Berufsorientierung muss eines der
348 wichtigsten Ziele des Bildungssystems sein!

349 Wir fordern die Schulen dazu auf, die Schüler über Ansprechpartner für Fragen zum
350 Lernen nach der Schule zu informieren.

Ausbildung stärken

351 In Zeiten von überfüllten Hörsälen und einem gleichzeitigem Fachkräftemangel ist es für
352 uns wichtig, die Attraktivität der Ausbildung zu stärken. Bereits in der Schule müssen
353 daher die Vorteile einer Ausbildung vermittelt werden, um dem Schein, dass jeder
354 studieren müsse, entgegenwirken zu können. Insbesondere die Schüler der Integrierte
355 Sekundarschulen sollen auf die Aufnahme einer Ausbildung vorbereitet werden,
356 dementsprechend muss auch das Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung für
357 Integrierte Sekundarschulen ausgestaltet werden. Denn ohne gut ausgebildete Fachkräfte
358 kann unsere Wirtschaft langfristig nicht bestehen! Dies kann beispielsweise durch den

359 Besuch von Schülern in einer Ausbildungsstätte oder den Besuch von
360 Ausbildungsbetrieben in Schulen erfolgen.
361 Des Weiteren fordern wir Universitäten dazu auf, abgelehnte Bewerber über
362 Möglichkeiten einer Ausbildung aufzuklären, indem beispielsweise über
363 Orientierungsangebote der Arbeitsagentur aufgeklärt wird. Die Chancen auf dem
364 Arbeitsmarkt sind mit einer guten Ausbildung oftmals höher als mit einem schlechten
365 Studienabschluss, deshalb sollte auch die Politik mehr dafür tun, dass Jugendliche nicht
366 um des Studiums Willen ihre Zukunftschancen aufs Spiel setzen. Auch die Erhöhung der
367 Ausbildungsvergütung und die Einführung eines verbilligten Azubi-Tickets (analog zum
368 studentischen Semesterticket) sollte in Betracht gezogen werden, um die Attraktivität der
369 Ausbildung zu steigern.

Freiwilligendienste

370 Wir fordern die Attraktivitätssteigerung von Freiwilligendiensten, wie dem Freiwilligen
371 Wehrdienst, dem Bundesfreiwilligendienst, einem Freiwilligen Sozialen Jahr und anderen,
372 staatlich anerkannten In- und Auslandsfreiwilligendiensten. Dazu fordern wir, eine
373 Erhöhung der Vergütung insbesondere des FSJ zu überprüfen. Außerdem halten wir
374 weitere Anreize für geboten, beispielsweise eine doppelte Anrechnung der abgeleiteten
375 Zeit als Wartesemester (1 Jahr = 4 Wartesemester). Zudem setzt sich die Berliner Schüler
376 Union für die Einführung des FSJ Digital ein.

377 Die BSU fordert daher für einen guten Übergang von der Schule in die Ausbildung oder
378 das Studium:

- 379 • Eine Reform des Landeskonzeptes Berufs- und Studienorientierung, in der die
380 Mindeststandards angehoben und mehr auf den Bedarf von Gymnasien
381 eingegangen wird
- 382 • Eine bessere Aufklärung über die positiven Seiten der Berufsausbildung,
383 insbesondere an den Integrierten Sekundarschulen
- 384 • Eine Aufklärung von abgelehnten Studienbewerbern über Alternativen zum
385 Studium
- 386 • Eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung und die Einführung eines Azubi-Tickets
- 387 • Eine Attraktivitätssteigerung der Freiwilligendienste durch eine höhere Vergütung
388 und eine doppelte Anrechnung der abgeleiteten Zeit als Wartesemester